

18. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Gleichstellung

mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD bei Enthaltung CDU
--

An Plen – nachrichtlich Recht

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Gleichstellung
vom 25. Mai 2020

zum

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2358
**Gesetzesänderung: Gleichstellung auch für
Richterinnen und Richter**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/2358 – wird in folgender neuer Fassung angenommen:

„Artikel 1

Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes

Das Landesgleichstellungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. November 2010 (GVBl. S. 502), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Mai 2016 (GVBl. S. 282, 287) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Dieses Gesetz gilt für Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Richterinnen und Richter sowie zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte.“

2. In § 10 Absatz 6 werden nach dem Wort „Personalrats“ die Wörter „, der Richtervertretungen und der Staatsanwaltsräte“ eingefügt.
3. In § 16 Absatz 5 Satz 3 werden nach dem Wort „Personalvertretung“ die Wörter „, den Richtervertretungen, den Staatsanwaltsräten“ eingefügt.
4. § 18a Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Gesamtfrauenvertreterin ist zuständig:

1. für die Beteiligung an den Angelegenheiten, an denen der Gesamtpersonalrat, der Gesamtrichterrat oder der Gesamtstaatsanwaltsrat, sofern er Aufgaben des Gesamtrichterrats wahrnimmt, zu beteiligen ist,
 2. für die Beteiligung bei allen sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen, für die die Zuständigkeit einer Frauenvertreterin nicht gegeben ist,
 3. für Angelegenheiten, für die die Zuständigkeit des Hauptpersonalrats, des Hauptrichterrats oder des Hauptstaatsanwaltsrats begründet wurde.“
5. In § 1b Absatz 1, § 3 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 und 4, § 4 Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 und Absatz 5 Satz 1, § 5 Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 Satz 2, § 7 Absatz 2, § 8 Absatz 1 und 2, § 9 Absatz 2, § 11 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2, § 13 Absatz 2, § 15 Absatz 2 Satz 1, § 16a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und § 19 Absatz 3 Satz 1 wird jeweils nach der Angabe „§ 1“ die Angabe „Absatz 1“ eingefügt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.“

Berlin, den 25. Mai 2020

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Gleichstellung

Dr. Wolfgang Albers